

06. Juni 2019, 09:59 Uhr

Eskalierende Gewalt in Kamerun

Brandschatzen im OP-Saal

Exzessive Gewalt gegen Zivilisten, gezielte Anschläge auf Krankenhäuser und Schulen: In Kamerun bekriegen sich bewaffnete Banden und Regierungstruppen. Die internationale Reaktion - gleich null.



Von [Christoph Titz](#)



MARCO LONGARI/ AFP

Polizisten mit Gewehren in Buea, der Hauptstadt der Provinz Südwest-Kamerun zur Wahl 2018

Der Westen Kameruns versinkt in Gewalt - und Uno-Vizegeneralsekretär und Nothilfekoordinator Mark Lowcock wird deutlich: "Die Zahl der Menschenrechtsverstöße nimmt zu. Und mit jedem Tag wächst die Kluft zwischen dem, was die Zivilisten an humanitärer Hilfe brauchen und dem, was sie tatsächlich zur Verfügung haben", sagte er dem SPIEGEL.



AFP

Uno-Vizegeneralsekretär Lowcock

Lowcock weiter: "Meine Besorgnis über die Lage in Kamerun wächst mit jedem Tag. Die Welt schenkt der Lage nicht ausreichend Beachtung."

Eine halbe Million Vertriebene

Das sagt einer der höchsten Repräsentanten der Vereinten Nationen, einen Tag, nachdem Kamerun Thema im Uno-Sicherheitsrat war. Eine echte Reaktion aber war am Dienstag ausgeblieben.

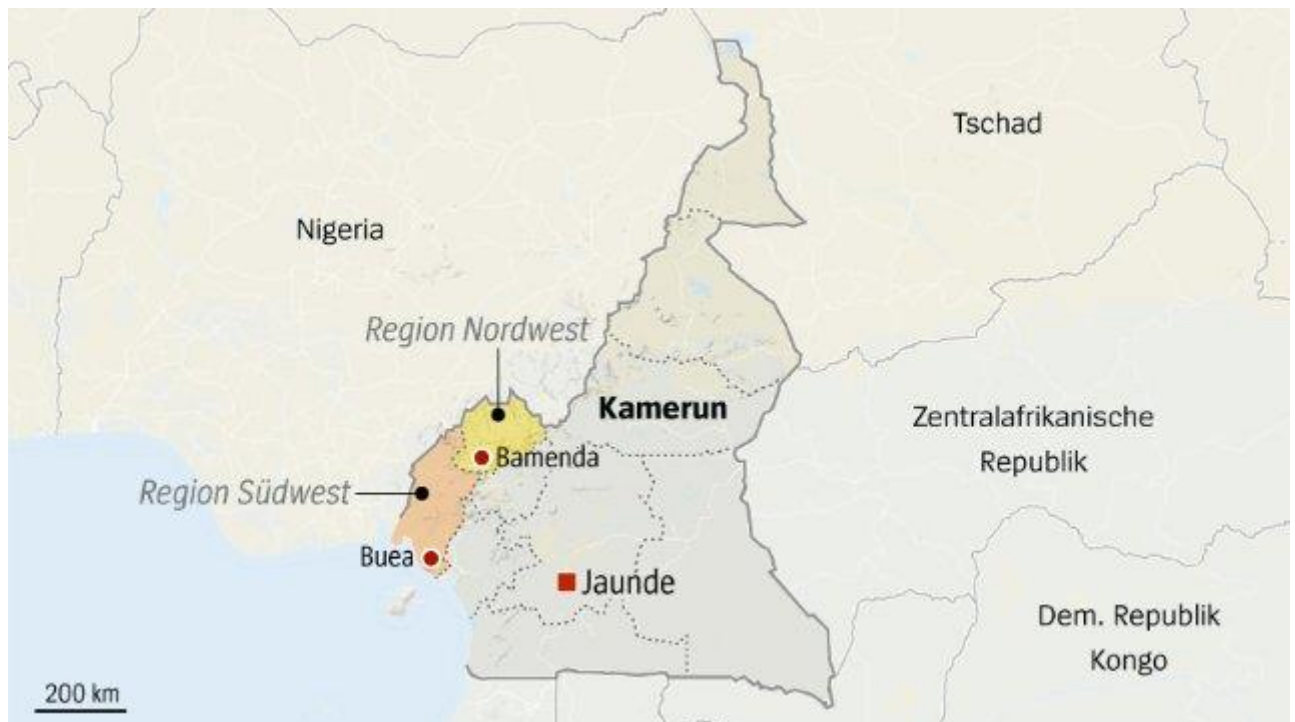
Deutschlands Repräsentant Christoph Heusgen begrüßte lediglich, dass Kameruns Premier Joseph Dion Ngute einen Dialog angekündigt hatte. China verwies gar auf eine Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Russland sagte gar nichts zu Kamerun. Und Großbritanniens Vertreter stellte lapidar fest, es bestehe "die echte Möglichkeit einer Kamerun-Krise".

Die echte Möglichkeit?

Mehr als 500.000 Menschen wurden durch die Gewalt vertrieben. Hunderte, womöglich Tausende, wurden getötet. Die Webseite [International Crisis Group schreibt von 1850 Toten](#). Die Regierung im französisch dominierten Teil Kameruns

und englischsprachige Separatisten begehen seit vielen Monaten schwerste Menschenrechtsverletzungen.

Begonnen hatte der Konflikt mit Protesten englischsprachiger Anwälte 2016. Die Staatsmacht reagierte mit Internetsperre, Ausgangsverboten und exzessiver Gewalt in den Regionen Nordwest und Südwest. 2017 riefen Aktivisten dann via Facebook ein unabhängiges Land Ambazonien aus, mit Hymne und Fahne. Was als Protest begann, ist mittlerweile ein Bürgerkrieg geworden.



SPIEGEL ONLINE; Kartendaten © OpenStreetMap-Mitwirkende (ODbL)

Kurz vor der Uno-Sitzung hatten neun namhafte Menschenrechtsgruppen appelliert, der Sicherheitsrat müsse aktiv werden. Regierungstruppen würden Zivilisten ermorden, Dörfer anzünden und Isolationshaft und Folter nutzen. Bewaffnete Separatisten töteten, folterten und entführten ihrerseits.

Der Sicherheitsrat solle das Kamerun-Problem endlich auf seine offizielle Agenda setzen, so ihr Aufruf. In der internationalen Diplomatie wäre das eine entscheidende Eskalationsstufe, um den Druck auf Kameruns Regierung zu erhöhen. Doch bislang sieht es danach nicht aus.

Dabei dürften die wenigsten Diplomaten zum ersten Mal von dem blutigen Konflikt in Kamerun gehört haben. Schon ein Bericht des Uno-Generalsekretärs Ende Mai legte dar, wie die Lage ist: Separatisten brennen Krankenhäuser nieder, im Februar töteten sie vier Patienten im Provinzkrankenhaus in Kumba und steckten einen der wenigen funktionierenden Operationssäle in der ganzen Region in Brand. Während einer von bewaffneten Gruppen ausgerufenen

Ausgangssperre wurden im selben Monat binnen zehn Tagen mehr als 70 Menschen auf offener Straße erschossen.

Tausende Schulen sind geschlossen, Helfer werden attackiert

Die sogenannten Separatisten attackieren Schulen als Symbole des frankophonen Staates, entführen Kinder und Personal. Schon im Dezember waren laut Unicef mehr als 4400 Schulen in der Region geschlossen. 70 Lehranstalten seien komplett zerstört, meldet eine Gruppe, die trotz aller Gefahren weiter in der Region aktiv ist.

Zivilisten leiden besonders, aber auch die, die ihnen helfen wollen: Medizinische Retter geraten zwischen die Fronten, Dutzende Angriffe sind von einer lokal arbeitenden Organisation dokumentiert - die aus Furcht vor noch mehr Gewalt aber nicht genannt werden will.

Und es gibt einen weiteren Grund, warum internationale Helfer im englischsprachigen Westen einen schweren Stand haben: gezielte Manipulation. Zur Wahl im Oktober 2018 präsentierte das kamerunische Staatsfernsehen angebliche Beobachter der Organisation Transparency International. Sie stellten der Regierung ein exzellentes Zeugnis für die Wahl aus, auch in den Krisenregionen.

Festnahme von Oppositionellen, falsche Wahlbeobachter

Das Problem: Der Bericht war "falsch und unwahr", erklärt das echte Transparency International, die Menschen im Staatsfernsehen hatten mit der Organisation nichts zu tun, eine Beobachtermission gab es nicht.

Auch von dem Dialog zwischen den verfeindeten Konfliktparteien, den der Premier versprach, merkt man bislang kaum etwas. Stattdessen: politisch motivierte Festnahmen. Anfang des Jahres wurde Maurice Kamto, Führer der größten Oppositionspartei, inhaftiert. Am Wochenende dann, kurz bevor bei der Uno über Kamerun gesprochen wurde, landeten laut Human Rights Watch (HRW) 350 weitere Oppositionelle in Haft. Von den mehr als 200, die im Januar verhaftet wurden, sind einige Dutzend wieder frei. HRW berichteten sie von Isolationshaft und Folter.

Mitarbeit: Christoph Sydow